



Ausschuss für Europa und Internationales

3. Sitzung (öffentlich)

28. November 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 16:35 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte:

Zur Tagesordnung	3
1. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)	4
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/800	
2. Die Europa- und Internationale Politik des Landes NRW in der 17. Wahlperiode	10
Vorlage 17/194	
3. Wozu bedarf es in Nordrhein-Westfalen eines „Brexit-Beauftragten“?	18
Vorlage 17/318	

* * *

Aus der Diskussion

Zur Tagesordnung kritisiert **Rüdiger Weiß (SPD)**, mit Blick auf die heute angesetzte Beratung des Haushaltes habe man weder den Haushalt noch den Begleitband zugeleitet bekommen.

Vorsitzender Dietmar Brockes erläutert, es handele sich um ein drucktechnisches Problem, das nicht nur diesen Ausschuss betreffe.

1. **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) führt ein:

Sie haben den schriftlichen Bericht zum Haushaltsentwurf 2018 erhalten. Er beleuchtet im Detail die beiden Ergebnis- und Transferhaushalte Europa/Ruhr-Konferenz und Internationale Angelegenheiten und Eine Welt sowie den Ergebnishaushalt Vertretung des Landes bei der Europäischen Union.

Die Zielsetzung der Landesregierung ist – und das spiegeln die Ansätze wider –, Nordrhein-Westfalen zu einer treibenden Kraft in der Europapolitik zu machen und die internationale Arbeit des Landes zu stärken. Daneben führen wir 2018 mit der Ruhr-Konferenz ein neues Element ein; der Ministerpräsident hat dies in seiner Regierungserklärung bereits angekündigt.

Sie sehen im Entwurf für den Haushaltsplan 2018, dass die Ansätze für die Bereiche Europa, Internationale Angelegenheiten und Eine Welt sowie für die Landesvertretung Brüssel im Wesentlichen überrollt wurden. Dies ist unser Beitrag zu einem Gesamthaushaltsentwurf, den Minister Lienenkämper hier in den Landtag eingebracht hat – der erste Landeshaushalt seit 1973, der ohne neue Kredite auskommt.

Unterschiede zum Vorjahr ergeben sich durch die Ruhr-Konferenz. Für die Koordination der Aktivitäten und für die operative Durchführung der Konferenz sind insgesamt 310.000 € neu im Jahr 2018 vorgesehen. Wir legen die Ruhr-Konferenz als offenen Prozess an. Er soll entscheidende Impulse für die Entwicklung der Region bis 2030 geben. Bund, Land, Europa und die Kommunen, aber auch Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur sollen gemeinsam ihre Ideen einbringen, um die enormen Potenziale des Ruhrgebietes freizulegen, zu entwickeln und zu nutzen.

Wie Sie wissen, wird Nordrhein-Westfalen am 1. Juli 2018 turnusgemäß für ein Jahr den Vorsitz der Europaministerkonferenz der Länder übernehmen. Für diese Aufgabe haben wir zusätzliche Mittel in Höhe von 105.000 € in Titel 526 63 vorgesehen, mit denen wir unter anderem die Geschäftsstelle der EMK finanzieren. Weitere 120.700 € kommen durch Umschichtung aus Titel 427 63 hinzu. Als größte Region in der EU werden wir die Zeit des Vorsitzes nutzen, um in besonderer Weise europapolitische Impulse zu setzen. Wir werden im Kreis der Länder sowie gegenüber dem Bund und der Europäischen Kommission als Initiator, Antreiber und Mitgestalter auftreten.

Neben den bilateralen Beziehungen zu unseren direkten Grenznachbarn spielt die Beneluxkooperation eine ganz besondere Rolle. Nordrhein-Westfalen bildet heute gemeinsam mit der Beneluxunion einen Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsraum. Wir sind nicht nur Nachbarn in Europa, sondern gute Freunde. Wir sind stark aufeinander angewiesen, nicht allein aus wirtschaftlichen Gründen – denken Sie an die grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung.

Am 9. Dezember 2008 unterzeichneten die damaligen Regierungschefs Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs gemeinsam mit Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Rüttgers eine gemeinsame politische Erklärung über die Entwicklung einer engeren Kooperation. Hintergrund hierfür war der neue Beneluxvertrag, der ausdrücklich neue Perspektiven der regionalen und europäischen Zusammenarbeit zwischen der Beneluxunion und verschiedenen angrenzenden Staaten, Teilstaaten und Regionen schuf. Wir sind sehr stolz auf diese enge und lebendige Partnerschaft; sie ist in dieser strukturellen Form einzigartig.

Im Laufe der Jahre hat sich die Zusammenarbeit ausgedehnt, sie umfasst inzwischen die Bereiche Arbeitsmarkt, Transport und Verkehr, Binnenmarkt, Polizei und Justiz, Katastrophenschutz und Krisenbekämpfung sowie die Bekämpfung von Steuerbetrug. Diese Zusammenarbeit werden wir weiter ausbauen und vorhandene Potenziale noch besser ausschöpfen, damit Bürgerinnen und Bürger unmittelbar profitieren. Gemeinsam mit unseren Partnern der Beneluxunion werden wir das zehnjährige Bestehen in einem angemessenen Format begehen.

Nordrhein-Westfalen ist ein Land in der Mitte Europas mit internationaler Ausrichtung. Zum einen hat Einwanderung seit Jahrhunderten unsere Gesellschaft bereichert. Zum anderen kennen Sie alle die Zahlen: Nordrhein-Westfalen für sich genommen läge auf Platz 19 aller Volkswirtschaften der Welt, mit allen Verflechtungen, die das mit sich bringt. Eine weltoffene Einstellung ist für ein exportorientiertes Land wie dem unseren geradezu zwingend, denn darauf beruht unser Wohlstand. Die Landesregierung hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, die internationale Zusammenarbeit unseres Landes zu intensivieren.

Schwerpunkt unseres Engagements in Afrika ist die sehr erfolgreiche Partnerschaft mit Ghana. Die Zivilgesellschaft war und ist einer der wichtigsten Anker der Partnerschaft. Deshalb wird die Landesregierung dieses Engagement weiter unterstützen und auch die Kooperation mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit fortsetzen.

Wir werden besonders daran arbeiten, die Partnerschaft mit Ghana im Verwaltungsbereich auszubauen. Über einen Verwaltungsaustausch werden wir die Partnerschaft gezielt in allen Politikbereichen verankern. Denn persönliches Kennen ist unabdingbare Voraussetzung für einen intensiven Austausch und die Grundlage für eine funktionierende Partnerschaft. Ministerpräsident Laschet hat gerade vor wenigen Stunden die ghanaische Botschafterin zum Antrittsbesuch empfangen.

Nordrhein-Westfalen ist von allen Bundesländern dasjenige mit der längsten entwicklungspolitischen Tradition. Nicht nur unsere Auslandsarbeit, sondern auch unsere Aktivitäten in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit sind dabei ein Markenkern. Um die entwicklungspolitische Inlandsarbeit zielgerichtet weiterzuentwickeln, werden wir in den nächsten Jahren eine Evaluierung vornehmen. Sie soll zum Beispiel dazu beitragen, unnötige Doppelungen mit anderen Akteuren herauszubekommen. Die Mittel für die Evaluierung wollen wir im kommenden Jahr durch Verlagerungen in Höhe von 100.000 € verfügbar machen. Dies ist der einzige Fall, in dem es im Bereich Internationales und Eine Welt im Jahr 2018 zu Verlagerungen kommt.

Zum Schluss noch ein Wort zur Landesvertretung in Brüssel: Sie ist die Plattform, über die Nordrhein-Westfalen die Interessen als größte Region in der EU noch deutlicher artikulieren wird, als das in der Vergangenheit der Fall war. Diese Chance können nicht nur Landtag und Landesregierung nutzen; die Landesvertretung bietet auch Kommunen, Hochschulen oder anderen Interessensgruppen ein Forum, um ihre Bedarfe an die europäische Institution zu adressieren.

2018 werden eine Reihe von Events, Ausstellungen und Aufführungen stattfinden, die die Vielfalt der Kultur des Landes und nordrhein-westfälisches Brauchtum präsentieren werden. Dazu sind Sie herzlich eingeladen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Rüdiger Weiß (SPD) fragt nach den konkreten Zielen der Ruhr-Konferenz. Zudem möchte er wissen, welche Gutachtenbedarfe der Minister mit Blick auf den eingestellten Ansatz sehe. Er möchte den genauen Arbeitsauftrag der einzurichtenden Stabsstelle erfahren.

Johannes Remmel (GRÜNE) erinnert an die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, in der er die Themen Europa und internationale Beziehungen betont habe. Gleichwohl werde der Haushalt für das Jahr 2017 mehr oder weniger überrollt, obwohl es in anderen Einzelplänen durchaus Aufwüchse gebe. Insofern gebe es ein Missverhältnis zwischen der politischen Ankündigung und der Abbildung im Haushalt.

Er wolle die Ruhr-Konferenz als Instrument keinesfalls infrage stellen, jedoch wissen, in welcher Weise sie wirke und wie ihre Ergebnisse implementiert und koordiniert werden sollten und ob dies zukünftig dieses Ministerium führe, da zumindest bislang die Zuständigkeit für das Ruhrgebiet nicht in diesem Ausschuss liege.

Berivan Aymaz (GRÜNE) führt aus, in Bezug auf die Evaluierung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, bei der der Haushalt eine Verschiebung in Höhe von 100.000 € vorsehe, wünsche sie nähere Ausführungen in Bezug auf eine Konkretisierung der Evaluierung, wie sie vonstattengehe und wer sie durchführe. Darüber hinaus bittet sie, alle Entwicklungen in Bezug auf die Evaluierung auch zukünftig dem Ausschuss vorzulegen.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) erläutert, bei der Ruhr-Konferenz handele es sich um kein Konzept, das man irgendwann vorlegen und abarbeiten werde, sondern um eine Dachmarke, mit der man in fünf Jahren in besonderer Weise mit allen Kommunen des Ruhrgebietes zusammenarbeiten wolle, mit Forschungseinrichtungen sowie mit der Universitätsallianz. Derzeit führe man Gespräche mit den Oberbürgermeistern, mit Stiftungen und mit allen, die im Ruhrgebiet beteiligt seien, denn es kommen nicht so sehr darauf an, was die Landesregierung dem Ruhrgebiet erzähle, sondern darauf zuzuhören, wo bestimmte Handlungen eingeschränkt würden, wo man Dinge fördern oder beschleunigen solle. In der Hauptsache wolle man Energien entfesseln und Störendes beseitigen. Die Ruhr-Konferenz könne also nur erfolgreich sein, wenn sie über die Parteigrenzen hinweg angenommen werde. Sie dürfe keine Farbe haben, sondern ausschließlich der Region dienen.

Die Haushaltsansätze wiesen eher provisorische, denn festschreibende Natur auf, um die Möglichkeit zu schaffen, eventuell Menschen einstellen zu können, denn man wolle nicht, dass sie andere Arbeitgeber wie beispielsweise Stiftungen hätten. Die Verantwortung liege nach wie vor beim Ministerpräsidenten, bei seinem Ministerium und in der Staatskanzlei. Nach seinem Verständnis komme die Zuständigkeit auch in diesen Ausschuss; eine Trennung könne er sich nicht vorstellen. Die Koordination liege also beim Ministerpräsidenten und werde über seine vom Ministerpräsidenten betraute Tätigkeit ausgeführt.

Bei der Bedeutung für Europa handele es sich nicht um eine haushalterische Bedeutung. Vielmehr stellten das Gespräch mit dem Ministerpräsidenten der Niederlande sowie dem Gouverneur von Maastricht den Beginn einer Arbeit dar, die keine Kostenfolgen entwickle, sondern die beide Seiten absolut wollten. Dabei gehe es um den gegenseitigen Besuch von KITAS, die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen, der Austausch und das Treffen der Parlamentarier. Es gehe also um die Gestaltung des gemeinsamen Alltags, dass man sich gleich mit den Parlamentariern der Beneluxstaaten treffe, dass man über Hemmnisse im Gesundheitswesen nach einem Unfall spreche. Es handele sich um Tagesarbeit, für die man keine höheren Haushaltsposten benötige.

Zur Evaluierung könne er noch nichts sagen, weil man erst mit ihr beginne. Man beginne damit, weil er keine Antwort habe. Man wolle die Evaluierung, um anschließend antworten zu können. Allerdings wisse man zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht, was dabei herauskomme.

LMR Martin Flasche (StK) ergänzt, man müsse Mittel bereitstellen, um nächstes Jahr evaluieren zu können.

Rüdiger Weiß (SPD) möchte wissen, ob man daran denke, das bereits evaluierte Promotorenprogramm erneut auf dem Prüfstand zu stellen. Das Ministerium betone, dass Gutachten unabhängig durchgeführt werden sollten. Dabei handele es sich für ihn an sich um eine Selbstverständlichkeit, sodass sich die Frage ergebe, ob sich für den Minister Anzeichen dafür ergäben, dass Gutachten nicht unabhängig durchgeführt worden seien.

Zum ersten Mal komme nun auch Jordanien vor, allerdings ohne Fördertitel, weshalb er wissen möchte, aus welchem Topf man diese Mittel nehme und wo man streichen wolle.

Sebastian Watermeier (SPD) versteht die Ruhr-Konferenz als ein fortlaufendes Veranstaltungsformat mit wechselnden Teilnehmern, auf dem man verschiedene Sachgebiete zusammenführe. Er frage sich, warum man die Stabsstelle dafür gerade in diesem Hause ansiedele und nicht bei der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen.

Johannes Remmel (GRÜNE) möchte wissen, ob der Minister schon ein Konzept für die Ruhr-Konferenz zur Verfügung stellen könne. Das Instrument als solches bewerte er als positiv, jedoch hänge der Erfolg häufig an der Implementierung in bestehende Strukturen, worum es ihm gehe.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) meint, die Zusammenarbeit mit Jordanien laufe bereits sehr erfolgreich, sodass man den Verwaltungsaustausch fortsetzen wolle. Nähere Ausführungen werde später die Fachabteilung geben.

Bei der Ruhr-Konferenz werde es sich in der Tat nicht um ein singuläres Ereignis handeln, sondern sie werde eine Dachmarke für Erfahrungs- und Meinungsaustausch bilden. In Bochum beispielsweise gebe es hervorragende Forschungsstellen, Stiftungen und Unternehmen mit eigenen großen Plänen, die man gemeinsam diskutieren wolle. In insgesamt sieben Bereichen führten Vertreter von Hochschulen, Stiftungen, Unternehmen und sehr vielen Einrichtungen mit den zugeordneten Ministerien darüber Gespräche, wo der Landesgesetzgeber helfen könne, indem er Dinge abbaue oder aber regele, indem er helfe oder dadurch helfe, dass es sich heraushalte.

Das Modell werde der Ministerpräsident vorstellen. Nach dessen Freigabe, die noch nicht vorliege, werde er das Konzept gerne zur Verfügung stellen.

Die Zuständigkeit liege in seinem Ministerium, weil es nicht darum gehe, etwas zu verordnen oder vorzuschreiben, sondern zu koordinieren und zu managen. Insofern ergebe sich die Fachlichkeit nicht aus der Struktur des Ministeriums, sondern durch die Koordination aller, die im Ruhrgebiet auf unterschiedlichste Weise dazu beitragen, im Ruhrgebiet Erfolge zu haben und zu arbeiten.

Johannes Remmel (GRÜNE) möchte wissen, ob man das vom Ministerpräsidenten noch nicht freigegebene Konzept denn noch rechtzeitig für die Haushaltsberatungen bekomme. Zumindest in der Vergangenheit habe man dem Finanzminister erst ein Konzept vorlegen müssen, bevor er Geld im Haushalt bereitgestellt habe.

Er halte es für absolut unwahrscheinlich, dass das Konzept vor Dienstag vorliegen werde, meint **Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI)**. Das Gespräch mit dem Ministerpräsidenten finde Anfang kommenden Jahres statt. Aufgrund der Ereignisse in Berlin habe man die Gespräche bislang nicht im gewünschten Maße führen können.

AL Jürgen Hein (StK) ergänzt unter anderem zur Evaluierung des Promotorenprogramms, es gehe darum, ob die angestrebten Ziele erreicht würden. Dabei verfolge man bei den meisten dieser Projekte ein doppeltes Ziel, nämlich zum einen, was es vor Ort, zum anderen aber auch, was es für die in Deutschland einzigartige Landschaft der Zivilgesellschaft bei der Entwicklungszusammenarbeit bewirke.

Man stelle zurzeit erst auf, welche Projekte unter welchen Aspekten evaluiert werden sollten. Dazu gehöre auch die Frage, ob man das erst vor zwei Jahren evaluierte Promotorenprogramm hinzunehme. Für eine entsprechende Rückmeldung auch aus dem Ausschuss sei man dankbar, ob man dafür noch einmal Geld in die Hand nehmen solle, weil man ja bereits relativ genaue Ergebnisse habe. Derzeit könne man jedenfalls noch keine konkreten Vorschläge machen, die zu einem späteren Zeitpunkt kämen.

Beim Stichwort Jordanien gehe es um die Befürchtung, ob man jemandem etwas wegnehme. Allerdings gehe es hier nicht um eine auf Dauer angelegte Förderung, sondern um Projektförderung, die beispielsweise über die GIZ oder andere abgewickelt würden. Darin liege kein Konkurrenzverhältnis, sondern man könne die Schwerpunkte bei der Erarbeitung der Projekte jeweils neu setzen. Bei Jordanien werde diesbezüglich dann eben mehr passieren.

2. Die Europa- und Internationale Politik des Landes NRW in der 17. Wahlperiode

Vorlage 17/194

Sven Werner Tritschler (AfD) kritisiert, der Bericht verwende Europa und die EU synonym. Er begrüße, dass die guten Verhältnisse zum Vereinigten Königreich erhalten bleiben sollten, was sich wohltuend von den ersten Tönen aus Brüssel und Berlin absetze, den Briten möglichst harte Bedingungen aufzuerlegen, um sie für den Brexit zu bestrafen und Nachahmer abzuschrecken. Dies liege allerdings nicht im Interesse der nordrhein-westfälischen Exportwirtschaft.

Der Bericht bleibe vage und erinnere ihn an eine Sonntagsrede. Er erwecke den Eindruck, 70 Jahre Frieden seien der alleinige Verdienst der Europäischen Union, was er bezweifle. Derzeit sei nicht der richtige Zeitpunkt, um den Forderungen von Präsident Juncker nach einem weiteren Vertiefungsschritt nachzukommen, erst recht nicht zum Datum des Brexits, denn die Zustimmung zur EU schwinde europaweit. Zwar liege sie in Deutschland noch relativ hoch; allerdings gebe es für Vertragsänderungen in Europa derzeit keinen Willen. Dies könne er sich mit den neuen Regierungen in Österreich, Polen und Ungarn auch kaum vorstellen.

Der Hinweis, dass offene Grenzen keine Einladung für Straftäter sein dürften, halte er für einen frommen Wunsch. Die Landesregierung zeige kein Interesse daran, die tatsächliche Lage an den Grenzen festzustellen. Aus den Kreisverbänden seiner Partei und von den Bürgern vor Ort erfahre er häufig von Sorgen sowie von hoher Einbruchskriminalität an den Grenzen, insbesondere im Aachener Raum. Die Landesregierung könne hierzu auch auf Nachfrage keine Zahlen liefern. Es werde nicht ausreichen, die Polizisten auf Austauschprogramme zu schicken, sondern man müsse ideologiefrei über die Sinnhaftigkeit von Grenzkontrollen reden.

Richtigerweise stelle der Bericht fest, dass kulturelle Vielfalt NRW bereichere, was allerdings auch seine Schattenseiten habe, sodass er sich mehr Ehrlichkeit gewünscht hätte. Parallelgesellschaften, Terrorismus wie beispielsweise in Bezug auf die aktuelle Festnahme in Essen oder komplett abgehängte Stadtviertel würden nicht thematisiert.

Dass sich die Landesregierung der Bekämpfung der Fluchtursachen verschreibe, begrüße seine Fraktion ausdrücklich und würde darüber hinaus ausdrücklich die Förderung der Heimkehr von Flüchtlingen unterstützen. Diesbezüglich hielte er eine entsprechende Qualifizierung der Flüchtlinge für sinnvoll, damit sie am Wiederaufbau ihrer Heimatländer teilnehmen könnten. Allerdings bezweifle er, dass ein vom Bürgerkrieg gekennzeichnetes Land gerade Solarfachkräfte brauche.

Er fasst zusammen, in vielen Bereichen gebe es fundamentale Abweichungen, was nicht überrasche. Gleichwohl freue sich seine Fraktion über den einen oder anderen Punkt und werde ihn mittragen.

Rüdiger Weiß (SPD) möchte wissen, was die Landesregierung gegen die bekannten Meiler in Belgien tun wolle.

Darüber hinaus führt er aus, mit Blick auf die Ziele der EU-Strukturfonds bestehe Einigkeit. Er fragt nach der Taktik der Landesregierung, ein gut geschnürtes Paket in Düsseldorf begutachten und annehmen zu können.

Sofern die Bewerbung um den Standort der EMA nicht am Unvermögen oder der Nachlässigkeit der Landesregierung gescheitert sei, wolle er mehr über die im Bericht beschriebenen neuen Pläne erfahren.

Insbesondere angesichts der Flüchtlingsproblematik erkenne man den Stellenwert der Entwicklungszusammenarbeit an. Dennoch rege man Evaluationen mit dem Ziel an, die Förderung eventuell zu reduzieren. Er möchte wissen, wie beides zusammenpasse.

Der Ministerpräsidenten spreche ständig davon, Internationalisierung voranzutreiben, was er gerade bei jungen Menschen für einen sehr wichtigen Punkt halte. Darin, für junge Studierende Studiengebühren einzuführen, liege allerdings ein Widerspruch.

Johannes Remmel (GRÜNE) meint, in der kleinen Regierungserklärung stehe im Grunde genommen nicht wirklich etwas Falsches; allerdings wisse er nicht, ob das ausreiche. Ihm fehle die notwendige große Linie für einen europapolitischen Impuls, beispielsweise mit Blick auf die Vorschläge des französischen Präsidenten zur Belebung des Gedankens eines vereinigten Europas. Hier fehlten ihm beispielsweise spezifische nordrhein-westfälische Impulse in der Zusammenarbeit mit den Beneluxstaaten, mithin der Enthusiasmus, aber auch die konkrete Vorstellung.

Gegenwärtig werde in Europa nicht investiert trotz des sehr billigen Geldes, um damit für Wohlstand und Beschäftigung zu sorgen. Er fragt nach Ideen der Landesregierung, gerade in den seiner Meinung nach wichtigen Bereichen wie Digitalisierung und erneuerbare Energien Investitionen zu befördern, was auch im eigenen nordrhein-westfälischen Interesse liege mit Blick auf die Transformation der Energieversorgung und des Wirtschaftsstandortes.

Auch im Bereich Internationales fehlten ihm eine verbindende Idee und ein Impuls. Immerhin hätten die Vereinten Nationen 2015 die Vereinbarung von Nachhaltigkeitszielen auf den Weg gebracht. Dies müsste seiner Meinung nach auch mit Blick auf die zunehmende Migrationsbewegung intensiviert und eine Klammer werden. Das müsse Nordrhein-Westfalen mit seinen bescheidenen Möglichkeiten unterstützen und weiterführen.

Vorsitzender Dietmar Brockes stellt klar, Berivan Aymaz sei heute als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss und habe somit auch Rede- und Nachfragerecht, jedoch kein Abstimmungsrecht.

Berivan Aymaz (GRÜNE) dankt dem Vorsitzenden für die Klarstellung; selbstverständlich werde sie sich nicht zusammen mit Johannes Remmel an den Abstimmungen beteiligen.

In seiner kleinen Regierungserklärung gehe der Minister ausführlich auf die globale Verantwortung im Land Nordrhein-Westfalen ein. Vor diesem Hintergrund interessiere sie seine Position in Bezug auf das sogenannte Entfesselungspaket und insbesondere

die Streichung ökologischer und sozialer Standards im Zusammenhang mit dem Tarifreue- und Vergabegesetz, das gewisse Standards gewährleiste, die man auch bei internationalen Beziehungen einhalten müsse, um beispielsweise Kinderarbeit zu verhindern oder auch Frauenrechte einzuhalten.

Sie betont die Wichtigkeit gerade für Studierende aus der Türkei, ihren wissenschaftlichen Aufträgen im Ausland nachkommen zu können. Einer großen Zahl von Wissenschaftlern aus der Türkei stehe eine Anklage bevor. Diese Personengruppe könne mit Blick auf die geplanten Studiengebühren zukünftig kaum noch in Deutschland studieren. Sie fragt, was der Minister unternommen habe, diesen internationalen Austausch zu ermöglichen.

Wenn sie den Minister richtig verstehe, so **Christina Kampmann (SPD)**, hätten die Sondierungsgespräche in Berlin zu Beeinträchtigungen der Landespolitik in Nordrhein-Westfalen geführt, was in Zukunft hoffentlich nicht geschehe.

Sie schließt sich Johannes Remmel an, auch hier fehlten die großen Linien und die Schwerpunkte in der kleinen Regierungserklärung. Sie möchte wissen, was der Minister in den kommenden Jahren vorantreiben wolle und wie er sich auch sein Verhältnis zum Ausschuss vorstelle. Auf Bundesebene erlebe man gegenwärtig einen Vertrauensbruch mit Blick auf die Glyphosat-Entscheidung. Auf Landesebene wünsche sie sich ein anderes Verhältnis der Zusammenarbeit. Sie frage insbesondere mit Blick auf die Europaministerkonferenz im kommenden Jahr, welche besonderen Schwerpunkte die Landesregierung einbringen wolle, was sie vorantreiben wolle, wenn Nordrhein-Westfalen den Vorsitz übernehme. Sie wünsche sich, Nordrhein-Westfalen möge sich in ganz besonderer Weise einbringen.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) fasst die Aussage von Johannes Remmel dergestalt auf, er unterstelle, dass die Landesregierung Gutes wolle, habe aber die große Sorge, dass es doch nicht gut werden könnte. Er sehe keine Grundlage dafür, etwas nur deshalb abzulehnen, weil es von der Landesregierung komme. So werde beispielsweise mit den Niederlanden das Thema Grenzkriminalität behandelt, was man selbstverständlich nicht öffentlich diskutiere, denn es handele sich um die Zusammenarbeit der Polizei beider Länder, die man begonnen habe und fördere.

Für viel wichtiger halte er allerdings, Hemmnisse im Alltag zu beseitigen, worin auch eine vertrauensschaffende Maßnahme im alltäglichen Umgang gesehen werden müsse. So setze man die regelmäßigen gegenseitigen Besuche fort. Die Pläne von Macron habe man begrüßt. Zudem habe Jean-Claude Juncker im Etat Großes bereitgestellt. Die Wiederaufnahme der Freundschaftsbesuche mit Frankreich, Polen und Ungarn stellten das alltägliche Praktizieren des europäischen Zusammenhalts und der Vertiefung der Freundschaft in Europa dar. Das Grundverständnis des Ministerpräsidenten lasse überhaupt keinen Zweifel an seiner Europabegeisterung zu.

Er halte vor diesem Hintergrund die Aussage, dass das zwar nach außen einen guten Eindruck mache, jedoch noch nicht wirklich wasserfest sei, für äußerst schwierig. Sofern die Opposition einen derben Schnitzer der Landesregierung benennen könne, werde man ihn ändern, wenn man diese Auffassung teile. Seiner Ansicht nach gebe es allerdings keine Ansätze, deretwegen man von vornherein so viel Vorsicht und

Misstrauen aufbringen müsse. Er plädiert dafür, zunächst einmal die Gemeinsamkeiten auf allen Seiten zu leben.

Er bedaure sehr, dass die EMA nicht ihren Sitz in Bonn nehmen werde, und stellt klar, dass die Landesregierung keinen Fehler gemacht habe. Bei den angebotenen Voraussetzungen an anderen europäischen Standorten habe man jedoch nicht mitziehen können. Dies gelte beispielsweise mit Blick auf absehbare jahrelange Mietfreiheit.

Beim von Berivan Aymaz angesprochenen Tariftreue- und Vergabegesetz tue sich die Landesregierung schwer, von vornherein anzunehmen, die Unternehmen in Deutschland seien nicht grundsätzlich gesetzestreu. Sie müssten ihre Lauterkeit nicht beweisen, sondern der Staat müsse ihnen nachweisen, dass sie sich nicht so verhielten. Insofern enthalte das Tariftreue- und Vergabegesetz eine gewisse Grundunterstellung, die erst ausgeräumt werden müsse, was nicht seinem Staatsverständnis entspreche.

Die geplanten Studiengebühren beträfen Drittstaaten und nicht EU-Staaten. Mit Blick auf die von Berivan Aymaz angesprochene Situation in der Türkei streite er keinesfalls ab, dass man nicht in einer vollendeten Welt lebe. Dass bestimmte Situationen unerträglich seien, bedeute allerdings nicht, dass man sie sofort ändern könne. Die Entwicklung für die Zivilgesellschaft in der Türkei empfinde er persönlich als äußerst schmerzlich. Die Entwicklung in Ungarn halte er für unerfreulich. Die Entwicklung in Polen halte er nicht für begrüßenswert. Gleichwohl werde er nicht Kontakte zu polnischen Freunden oder Besuche in Ungarn einstellen, denn wenn man Schwierigkeiten habe, müsse man miteinander reden.

Das Verhältnis zum und die Zusammenarbeit mit dem Ausschuss halte er für ganz einfach: Es handele sich um einen Ausschuss des Landtages, und vor dem Landtag habe sich die Regierung zu verantworten. Sie habe die Beschlüsse des Landtages umzusetzen. Insofern halte er sein Verhältnis zum Ausschuss für sehr einfach: Was der Ausschuss mit Mehrheit beschließe, müsse er umsetzen, was er getan habe, müsse er vor dem Ausschuss verantworten. Er begrüße, wenn der Ausschuss seine Arbeit begleite und Anregungen, Ideen und Vorschläge unterbreite, die er umsetzen könne.

AL Jürgen Hein (StK) ergänzt, nicht nur die EMA-Bewerbung, sondern auch die Beteiligung Nordrhein-Westfalens an der COP 23 hätten Bonn stark in den Blick gerückt, denn so viele Blicke hätten sich nach Bonn niemals gerichtet wie zurzeit der Bewerbung und der Weltklimakonferenz, die einen sehr guten Eindruck von diesem Standort ergeben hätten. Selbstverständlich hoffe man, noch mehr UN-Organisationen als bislang nach Bonn holen zu können.

Bei der Bekämpfung der Fluchtursachen gehe es nicht automatisch darum, Gelder zu streichen, sondern man wolle mit der Evaluation sicher sein, dass man auch erreiche, was man erreichen wolle. Sofern dies an einer Stelle nicht der Fall sei und das Geld besser eingesetzt werden könne, liege das im allgemeinen Interesse.

Vorsitzender Dietmar Brockes begrüßt als Zuhörer den deutschen Botschafter im Königreich der Niederlande Dirk Brengelmann. Da man im Ausschuss bereits darüber

gesprächen habe, freue man sich, wenn der Botschafter das große Interesse Nordrhein-Westfalens an einer Verstärkung der Beziehungen mit zurück nach Den Haag nehme.

Holger Müller (CDU) stellt fest, der Haushalt habe einen insgesamt höheren Ansatz. Mit seiner ersten Reise in die Niederlande habe der Ministerpräsident bereits die historische Linie der CDU als Europapartei dokumentiert. Nun gebe es im Gegensatz zur Vergangenheit regelmäßige Konsultationen mit den Beneluxstaaten. Man halte sich nicht für so vermessen, eine Zuständigkeit für ganz Europa zu reklamieren, sondern lege den Schwerpunkt auf den Kontakt zu den direkten Nachbarn. Große Linien habe er unter Rot-Grün auch nicht erkennen können.

Johannes Remmel (GRÜNE) betont, man rede über die kleine Regierungserklärung des Ministers und tagespolitische Anforderungen. Es sei keinesfalls seine Absicht, böse zu kommentieren, dass wenig falsch mache, wer wenig tue. Vielmehr habe er vollstes Vertrauen in die Landesregierung mit Blick auf das vorgelegte Programm. Allerdings fragten die Menschen in vielen europäischen Ländern und auch in Nordrhein-Westfalen, was ihnen Europa bringe. Der französische Staatspräsident gebe darauf eine gewisse Antwort. Er halte es für erforderlich, dass das größte Bundesland Einfluss auf die Politik der Bundesregierung nehme, um sich dazu zu verhalten. Hier gebe es allerdings deutliche Unterschiede in der Akzentuierung der regierungstragenden Fraktionen. Daher wolle er wissen, wie sich Nordrhein-Westfalen in diese Diskussion einbringen werde, ob also der große Riese in der Koalition gefesselt und gebunden sei.

Christina Kampmann (SPD) wiederholt ihre Frage an den Minister nach den großen Linien und den Schwerpunkten insbesondere vor dem Hintergrund der Europaministerkonferenz. Als die 19. größte Volkswirtschaft der Welt, wie der Minister unter dem letzten Tagesordnungspunkt betont habe, müsse Nordrhein-Westfalen europapolitisch andere Ansprüche formulieren.

Sebastian Watermeier (SPD) weist darauf hin, die Niederlande hätten in der Vergangenheit einen extremen Standortwettbewerb über Steuerdumping mit NRW geführt. Ein historisches Beispiel stellten die niederländischen Tax-boxes dar, die mögliche Fusion von ThyssenKrupp und Tata Steel mit einer möglichen Verlagerung der Unternehmenszentrale in die Niederlande ein aktuelles.

Im Zuge der Folgen des Brexits werde man weitere Unternehmensverlagerungen aus Großbritannien erleben, bei denen sich die Frage Niederlande oder Nordrhein-Westfalen stelle. Aktuell denke er an Vodafone, Shell und möglicherweise Unilever als große britische bzw. britisch-niederländische Unternehmen. Er möchte wissen, was die Landesregierung in Konsultation mit den Niederlanden dafür tue, den Standortwettbewerb zu mäßigen, der sich nicht nur durch Steuerdumping, sondern teilweise auch durch das aggressive Werben mit Instrumenten wie der jedenfalls anders gestalteten Mitbestimmung in den Niederlanden geführt werde, was gerade für ThyssenKrupp ein Teil des Problems darstelle. Diese Frage stelle er dem Minister auch persönlich als Bürger des Ruhrgebiets.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) offenbart, er habe die Risikobereitschaft im Wahlkampf von Macron bewundert, in einer anders wirkenden Atmosphäre auf die Europakarte zu setzen. Nun gebe es im Gegensatz zu anderen Wahlausgängen eine Schonfrist für Europa. Zu den Konsequenzen für die geschäftsführende Bundesregierung könne er nichts sagen. Da die neue Bundesregierung noch nicht feststehe, halte er sich mit Einschätzungen zurück.

Aus den Verhandlungen der Ministerpräsidenten der Niederlande und von Nordrhein-Westfalen ergäben sich Punkte, an denen man nun pragmatisch zu arbeiten beginne. Er halte es für lebensfremd, den Ministerpräsidenten der Niederlande bei dieser Gelegenheit darum zu bitten, einen Ehrenkodex zu unterschreiben, was er demnächst sein lassen werde.

Ähnlich verhalte es sich mit den Meilern in Belgien. Es gebe bestimmte rechtliche Voraussetzungen, bei denen man Gestaltungsspielraum oder eben kein Gestaltungsspielraum habe. Selbstverständlich könne man fordern, auch diejenigen müssten einen Einfluss auf Meiler haben, die im Einflussbereich wohnten, was aber noch nicht europäischem Recht entspreche.

Die neue Regierung habe im Koalitionsvertrag die Visitation mit dem Bundesland Nordrhein-Westfalen und damit quasi die Kooperation festgeschrieben sowie einen Gouverneur für Nordrhein-Westfalen als Ansprechpartner benannt, damit man leichter und schneller arbeiten könne, womit man in Maastricht bereits begonnen habe. Er wisse nicht, ob man in diesem Zusammenhang bestimmte Dinge, die weder ihm noch dem Ruhrgebiet gefielen, als Voraussetzungen für Verhandlungen benennen sollte. Man unternehme, was man rechtlich könne, moralisiere jedoch nicht und überfordere auch nicht den Beginn der Gespräche. Man strebe eine einvernehmliche Arbeit in sehr vielen Gesichtspunkten an.

Er verstehe, dass die Landesregierung der Opposition noch nicht genug tue; allerdings wolle man damit auch nicht aufhören. Allerdings halte er es nicht für sinnvoll zu fordern, erst das Vorgegebene zu erreichen, bevor man das andere tue.

Sebastian Watermeier (SPD) hält sich für missverstanden, denn er verlange nicht, man hätte die Gespräche mit diesen Punkten beginnen müssen. Er halte diese Frage für das deutsch-niederländische und für das niederländisch-nordrhein-westfälische Verhältnis für sehr wichtig. Wie der Minister festgestellt habe, kontrolliere der Ausschuss die Arbeit der Landesregierung, seine Arbeit als Minister sowie die Strategie der Landesregierung. Daher möchte er wissen, wie der Minister strategisch gewährleisten wolle, dieses wichtige Thema zu behandeln und die niederländische Seite darauf anzusprechen.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) meint, bei jeder Zusammenarbeit gebe es eine Agenda, nach der man bestimmte Dinge zu bestimmten Zeitpunkten anspreche. Er halte die unterschiedlichen Voraussetzungen in den EU-Staaten für schwer erträglich, Unternehmen anzulocken und anzusiedeln. Solche Punkte müsse der Ministerpräsident ansprechen, und er müsse sie beim Ministerpräsidenten ansprechen.

Er zeigt sich überzeugt, es gebe keine grundsätzlich unterschiedliche Auffassung zu den Meilern in Belgien, zu denen sich der Ministerpräsident sehr offen geäußert habe. Offensichtlich habe der Ministerpräsident Tagesordnungspunkte, die ihm kürzer und schneller zu erreichen scheinen. Er halte es für nicht akzeptabel, dass man ein Risiko jenseits der Grenze mittrage; gleichwohl stehe es nicht an erster Stelle auf der Tagesordnung. Eventuell sehe er dies bei Steuer- und Ansiedlungsfragen ähnlich.

Ähnliche Probleme gebe es aber auch mit Irland und anderen EU-Ländern. Derzeit habe man die große Sorge, ob man nach einem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU mit völlig anderen Steuern für Unternehmen rechnen müsse, die sich gegenwärtig noch hier befänden. Ohne lange mit dem Ministerpräsidenten gesprochen zu haben, nehme er an, man sei beim Ziel derselben Meinung. Dies gelte auch für die Beurteilung der gegenwärtigen Situation. Allerdings sei die Schrittfolge eine andere.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) hält es für gut, wenn sich die neue Landesregierung zunächst in praktischer Problemlösung übe, denn in den vergangenen sieben Jahren habe man an durchaus existierenden Problemen nur verbal gearbeitet. Wenn es nur einer gesellschaftlichen Diskussion bedürfe, seien Worte ausreichend; manchmal allerdings brauche man auch Taten. Insofern teile er nicht die Einschätzung von Christina Kampmann, es handele sich möglicherweise um ein zu pragmatisch kleinteiliges Programm. Es sei lediglich nicht so mit Rhetorik und Luft aufgepumpt wie häufig in den letzten sieben Jahren unter der Vorgängerregierung. Er halte den pragmatischen Ansatz auch des Ministers für ausgesprochen sympathisch, weil man für die Menschen in Nordrhein-Westfalen ganz konkret zu besseren Rahmenbedingungen und durch die Unterstützung von allen zu sichtbaren Erfolgen für die Menschen in Europa kommen wolle.

In den letzten Jahren sei sowohl über die Bundesregierung als auch unter Beteiligung des Landes Nordrhein-Westfalen und seines früheren Finanzministers über den Bundesrat bei den Themen Steuern, Finanzpolitik, OECD, EU und anderem sehr viel auf den Weg gebracht worden. Bis auf seine Tätigkeit im Bundesrat sei das Land Nordrhein-Westfalen in einem föderalen Bundesstaat schlicht nicht zuständig. Trotzdem könne man natürlich permanent Erklärungen abgeben und den Eindruck erwecken, als würde etwas geschehen, womit man die Bürger allerdings schlicht in die Irre führe.

Sven Werner Tritschler (AfD) greift die Aussage des Ministers auf, er halte die unterschiedlichen Standortvoraussetzungen in Europa für unerträglich, und möchte wissen, ob der Minister grundsätzlich nichts vom Standortwettbewerb halte und ob dies die einhellige Meinung der Landesregierung und der sie tragenden Parteien sei. Er fragt, ob es der Minister nicht für sinnvoller erachte, den Standort NRW zu stärken, anstatt eine Vereinheitlichung anzustreben.

Thomas Nückel (FDP) unterstellt der Opposition, sie erkenne sehr wohl die großen Linien der Landesregierung und verlagere die Diskussion deshalb bewusst auf Nebenkriegsschauplätze. Die Fragestellungen von Macron veränderten sich beispielsweise auch durch den Parteitag seiner Bewegung. Dies gehöre zu Beginn einer Präsidentschaft allerdings dazu, und er sei nicht sicher, ob das Land NRW darauf Antworten geben müsse.

Deshalb halte er es für richtig, dass der Minister in seiner kleinen Regierungserklärung die Dinge skizziere, die man hautnah beeinflussen könne und müsse. Dabei beeinflusse ihn möglicherweise das soeben stattgefundenere Treffen mit den Vertretern des Beneluxparlamentes, in dem klar geworden sei, dass man sich ganz konkret und spürbar für die Bürger um die Euregios als Innovationsräume kümmere, bei denen gleichwohl nicht alles zum Besten stehe, weil es auch Nachteile habe, in grenznahen Regionen zu leben. Hierzu habe man bereits konkrete Anträge zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gestellt.

Holger Müller (CDU) betont, es handele sich um den Europaausschuss des Landtages von Nordrhein-Westfalen und nicht des Bundestages. Darin liege die Auffassung, die Dinge von regionaler Bedeutung voranzubringen. Die für Nordrhein-Westfalen bedeutenden Nordseehäfen stellten nicht Bremen oder Hamburg, sondern über die Beltwelinie Antwerpen und Rotterdam dar. Ein anderes Thema sei die Verbesserung der grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit. Man müsse sich also auf die Dinge konzentrieren, für die Nordrhein-Westfalen und sein Ministerpräsident auch tatsächlich zuständig und die wichtig für die Menschen in Nordrhein-Westfalen seien.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) stellt klar, selbstverständlich sei er dafür, die Standorte in NRW zu stärken und in einen Wettbewerb einzutreten. Ihm gehe es um die Wettbewerbsverzerrung der rechtlichen Voraussetzungen, die mit dem normalen Wettbewerb nichts zu tun hätten.

Johannes Remmel (GRÜNE) hält den Investitionsplan von Jean-Claude Juncker für einen interessanten Vorschlag. Weil davon auch nordrhein-westfälische Interessen berührt würden, sei es für den Ausschuss durchaus von Interesse, welche Investitionsvorhaben aus dem Plan von Jean-Claude Juncker in Nordrhein-Westfalen realisiert würden bzw. wo in Europa sie realisiert worden seien, wo also beispielsweise die europäische Investitionsbank Projekte gefördert habe und wo nicht. Diese für den Standort NRW wichtige Frage müsse nicht heute beantwortet werden; sie interessiere ihn gleichwohl, weil man nämlich über die großen Linien sprechen müsse, wo und wie investiert werde und wie man Investitionsförderung betreibe. Es gebe sehr wohl einen Platz in der nordrhein-westfälischen Politik dafür, über lange und große Linien mit ganz konkreten Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen zu reden.

Vorsitzender Dietmar Brockes teilt mit, der Minister habe angedeutet, diese Frage mitzunehmen.

3. Wozu bedarf es in Nordrhein-Westfalen eines „Brexit-Beauftragten“?

Vorlage 17/318

– Tagesordnungspunkt auf Antrag der SPD-Fraktion –

Rüdiger Weiß (SPD) hält die von seiner Fraktion gestellten Fragen für nur äußerst rudimentär beantwortet. Zudem müsse der Minister konzedieren, dass Teile der Medien Friedrich Merz nicht für einen Glücksfall hielten wie offenbar auch der Aufsichtsrat des Flughafens Köln/Bonn. Dabei gehe es nicht um seine Person, sondern um seine Arbeit. Insofern wiederhole er einen Teil der gestellten Fragen, nämlich welche Befugnisse und welche parlamentarische Anbindung der Brexit-Beauftragte haben solle, woran sich sein Erfolg bemesse und welche konkreten Ziele in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft er verfolge.

Sven Werner Tritschler (AfD) schlägt vor, Friedrich Merz in den Ausschuss einzuladen und ihn direkt zu befragen.

Johannes Remmel (GRÜNE) teilt mit, er müsse den Ausschuss nun wie vorher angekündigt aufgrund einer verlegten Sitzung verlassen, was er nicht als Missachtung zu verstehen bitte. Den Fragen von Rüdiger Weiß schließt er sich an.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) antwortet, Rüdiger Weiß überbewerte die Selbstständigkeit des Beauftragten, bei dem es sich um eine Hilfseinrichtung handele, um ausschließlich den Ministerpräsidenten in seiner Meinungs- und Willensbildung zu unterstützen. Der Beauftragte verfüge weder über eigene Rechte und Befugnisse, noch verändere er die Richtlinienkompetenz und die Entscheidung. Es gehe lediglich darum, dem Ministerpräsidenten bei dessen Entscheidung sein berufliches Wissen und sein Netzwerk zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang stelle er dem Ministerpräsidenten, dem Wirtschaftsminister sowie dem Europaminister über seine Kontakte und seine Erfahrungen Gesprächspartner zur Verfügung, mit denen man möglicherweise Ansiedlungen in Nordrhein-Westfalen ermögliche, nicht aber der Brexit-Beauftragte. Der Brexit-Beauftragte habe also keine Funktionen und Rechte, die Anlass zur Sorge geben könnten, denn was der Ministerpräsident nicht wolle, werde auch nicht geschehen.

Soweit er der Presse entnehme – mehr wisse er darüber nicht –, sei die Nominierung im Aufsichtsrat an formalrechtlichen Gründen gescheitert, nicht aber aufgrund der Beurteilung der Person. Dass die Presse in Deutschland unterschiedliche Einschätzungen habe, begrüße er außerordentlich, denn darin liege ein Teil der Pressefreiheit.

Sebastian Watermeier (SPD) verweist auf die Tätigkeit von Friedrich Merz in hochrangiger Position hauptberuflich bei der Investmentgesellschaft BlackRock. Der Koalitionsvertrag von CDU und FDP sehe vor:

„Wir wollen die Rahmenbedingungen für Versicherungen am Standort Nordrhein-Westfalen verbessern. Insbesondere wollen wir die Chancen nutzen, die sich aus dem Brexit für den Finanzplatz Nordrhein-Westfalen ergeben.“

Er möchte wissen, inwiefern Transparenz und eine unabhängige Begutachtung von Entscheidungen des Ministerpräsidenten gegeben seien, wenn ein sehr hochrangiger Vertreter einer finanzpolitisch nicht ganz unbedeutenden Institution eine derart nahe offizielle Beraterrolle einnehme.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBEI) meint, Wissen, Kenntnisse und Mandate stellten keine ansteckende Krankheit dar. In Gesprächen mit Menschen, die eine völlig andere Meinung verträten und eine völlig andere Lebenserfahrung hätten als er, bilde er sich seine Meinung. Friedrich Merz mache nichts Verwerfliches oder rechtlich Bedenkliches. Er werde ihm genauso zuhören wie jedem anderem bei seinem Willensbildungsprozess; darin könne er kein Problem erkennen.

Sebastian Watermeier (SPD) sieht das Problem darin, dass Friedrich Merz hauptberuflich und damit mit finanziellem Interesse für ein Finanzunternehmen arbeite und nun eine herausgehobene Beraterposition der Landesregierung einnehme. Es handele sich also nicht um einen Lobbyisten, den man konsultiere, um verschiedene Meinungen einzuholen, sondern um eine Person mit einem sehr konkreten Auftrag, wie sich auch aus dem Koalitionsvertrag ergebe, der eine Art Chefberaterposten für diese Angelegenheiten für die Landesregierung einnehme. Insofern stelle sich sehr wohl die Frage, ob seine Meinung, seine möglicherweise auch geschäftlichen Interessen bzw. die geschäftlichen Interessen seines Arbeitgebers nicht auch eine herausgehobene Stellung gegenüber anderen Interessen einnehmen, die genauso artikuliert werden müssten.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) erinnert daran, Rot-Grün habe das bezahlte Mandat von Friedrich Merz zum Verkauf der WestLB nach Regierungsübernahme im Jahr 2010 fortgeführt. Insofern verwundere ihn sehr, dass die SPD nun einen unziemlichen Einfluss auf hoch intelligente und politisch versierte Menschen in der Landesregierung befürchte, wenn Friedrich Merz sogar unentgeltlich berate. Offensichtlich unterschätze die SPD das Abstraktionsvermögen der Menschen, die dieses Land leiteten. Er bedaure, dass man sich anscheinend gegenseitig nicht zutraue, in hochabstrakter Form die Volksvertretung durchzuführen und die Verantwortung für dieses Land wahrzunehmen.

.gez. Dietmar Brockes
Vorsitzender

18.12.2017/01.02.2018

150